

Die Menschen wollen nicht zum Krieg einberufen werden

Interview mit Maria Alexandrova von der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung

Maria, erzählst du uns ein bisschen über deinen persönlichen und beruflichen Hintergrund?

Ich bin die internationale Community Managerin der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung in Russland. Das bedeutet, dass ich die Kommunikation mit unseren internationalen Partner:innen aufrechterhalte, ich gehe zu Treffen und Konferenzen und beschreibe monatlich detailliert, was in Bezug auf Kriegsdienstverweigerung in Russland passiert. Ich komme aus Moskau, aber ich bin seit Januar 2022 nicht mehr dort gewesen. Ich studiere an der Universität von Edinburgh in Schottland, ich werde nächstes Jahr mein Studium in Sozialpolitik und Politik abschließen. Seit 2018 interessiere ich mich für das Studium der Politik, als ich die Abwicklung der Präsidentschaftswahlen in Russland beobachtet habe, bei denen Nawalny nicht kandidieren durfte. Das Ausmaß der Proteste, die Polizeigewalt und die Verhaftungen haben mich im Grunde dazu inspiriert, mehr Wissen über politische Systeme und die Entwicklung von Demokratien zu sammeln, damit ich dieses Wissen irgendwann in Russland anwenden kann. Jetzt ist natürlich unklar, wann ich zurückkehren werde, denn wenn ich jetzt zurückkehre, werde ich wahrscheinlich genauso verfolgt werden wie meine Kolleg*innen, mit denen ich 2021 während der Wahlen zur Duma für oppositionelle Kandidat*innen gearbeitet habe und die mit Polizeirazzien, Druck auf ihre Familien, Verwaltungsverfahren und in einigen Fällen auch mit Strafverfahren konfrontiert sind. Mir könnte das bei meiner Rückkehr ebenso passieren, und obwohl ich mir um mich persönlich keine Sorgen mache - ich bin auf die Konsequenzen vorbereitet - möchte ich nicht, dass meine Familie leidet. Deshalb arbeite ich vom Ausland aus unter falschem Nachnamen. Ich glaube, dass ich so mehr bewirken kann, weil ich die Kommunikation aufrechterhalten und die Botschaft darüber verbreiten kann, wie es ist, in Russland für Menschenrechte und eine antimilitaristische Zukunft zu kämpfen.

Wie war die Situation der Wehrdienstverweigerer vor dem Krieg und wie hat sie sich während des Krieges verändert?

Die Verweigerung des Wehrdienstes war in Russland schon immer kompliziert. Der Armeedienst ist für jeden Mann zwischen 18 und 27 Jahren verpflichtend. Wenn Soldaten ihr Pflichtjahr in der Armee abgeleistet haben, bleiben sie in der Reserve. Im Falle eines Konflikts kön-

nen sie jederzeit einberufen werden. Aber auch in Zeiten ohne Konflikt ist der Militärdienst in Russland sehr aggressiv organisiert. Die Armeeingehörigen berichten, dass sie unter einem enormen emotionalen Druck stehen, dass sie im Grunde genommen als Individuen gebrochen werden. Sie dürfen keine Bücher lesen, sie haben keinen Zugang zum Internet, sie erfahren viel Gewalt von ihren Kameraden und von älteren Armeeingehörigen. Es ist ein physisch hartes Umfeld, die Bedingungen sind schlecht, aber es ist auch psychologisch schwierig. Ich sprach mit vielen Männern, die ihren Militärdienst absolviert hatten, und sie sagten, dass sie im Jahr des Militärdienstes einige ihrer wesentlichen Fähigkeiten, die sie vor dem Militärdienst hatten, verloren, da sie von jeglichen Informationen abgeschnitten waren und keine Möglichkeit hatten, sich intellektuell weiterzuentwickeln.

Es gibt einen gesetzlichen Zivildienst, aber die Akzeptanz dafür ist sehr gering. Leider haben wir keine genauen Zahlen, weil die Regierung die Zahlen der Bewerber nicht veröffentlicht. Die Zahlen, die wir haben, sind jene Personen, die angenommen wurden, sowie die Ablehnungsquoten. Der Zivildienst dauert zwei Jahre, wir haben in der Regel 500 Zivildienstleistende pro Jahr, die Ablehnungsquote liegt bei 47 Prozent. Nach Angaben unseres Arbeitsministeriums bewerben sich also rund tausend Männer für den Zivildienst und nur ein Teil von ihnen bekommt ihn. Aber natürlich ist die Zahl der Bewerbungen viel höher, einige werden einfach übergangen oder unter falschen Vorwänden ignoriert. Deshalb fördert unsere Organisation nicht nur den Zivildienst, sondern wir helfen auch Menschen, die den Armeedienst aus anderen Gründen, wie z.B. medizinischen, verweigern. Das war die Situation während der letzten Dekade.

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine hat sich die Situation wie erwartet verschlechtert. Es gab viel größeres Interesse an unserer Arbeit. Die Menschen wollen nicht zum Krieg einberufen werden. Immer mehr Menschen kommen zu uns, um sich beraten zu lassen, und immer mehr folgen uns auf unseren sozialen Medien. Wir führen Beratungen auf Telegram und YouTube durch, wo unsere Berater*innen Fragen in Echtzeit beantworten können. Im Jahr 2022 dauerte die längste dieser Beratungen über zehn Stunden, das war im September, als die Mobilisierung angekündigt wurde. Neben dem regulären Zustrom von Menschen, die nicht

zur Armee gehen wollen, haben wir jetzt eine größere Zielgruppe, weil Menschen zu uns kommen, um sich über die Vermeidung der Einberufung beraten zu lassen. Es gibt sogar eine neue Zielgruppe, nämlich Militärpersonal, das bereits eine Weile beim Militär gearbeitet oder einen Vertrag unterschrieben hat, sich aber nicht an der Aggression gegen die Ukraine beteiligen will. Es ist sehr kompliziert, unter den derzeitigen Umständen zu arbeiten, aber wir tun unser Bestes und berichten in unseren Monats- und Jahresberichten über die erfolgreichen Fälle. Ich glaube, dass wir im letzten Jahr über 200 Personen erfolgreich beraten haben.

Wir versuchen auch, der Desertion an der Front und den schwierigen Umständen, denen Deserteure ausgesetzt sind, Beachtung zu schenken. Soweit wir wissen, gab es über 400 Gerichtsverfahren wegen Befehlsverweigerung oder wegen Abwesenheit von der Einheit. Diese werden hart bestraft. Die tatsächlichen Zahlen sind immer noch unklar, da vielen Personen, die ihre Einheit verlassen oder Befehle nicht befolgt haben, ein Angebot gemacht wird: „Wir können dein Fehlverhalten ignorieren, wenn du zurück an die Front gehst.“ Wir haben keine Möglichkeit zu erfahren, wie viele Personen ein solches Angebot angenommen haben. Bevor ein Gerichtsurteil gefällt wird, bzw. bevor ein Angebot angenommen wird, wird großer emotionaler Druck, im Grunde eine emotionale Folter, auf diese Menschen ausgeübt. Die Menschen werden in einer Art Konzentrationslager untergebracht, in jedem dieser Lager befinden sich etwa

300 Menschen. Sie erfahren körperliche Gewalt und werden vor ihrer Einheit denunziert. Wir wissen, dass es mindestens 13 solcher Lager gibt.

Was ist mit Kriegsdienstverweigerern oder Deserteuren, die Russland verlassen. Wohin gehen sie? Was erwartet sie dort? Bekommen sie politisches Asyl?

Unter den von mir beschriebenen Umständen ist das Verlassen des Landes im Grunde die einzige Möglichkeit, um sicherzustellen, dass man sich nicht an der Aggression gegen die Ukraine beteiligen muss. Es ist sehr schwierig, die Zahl der Menschen zu schätzen, die Russland aus diesem Grund verlassen haben. Wir wissen, dass im September, als die Teilmobilisierung angekündigt wurde, 200.000 Menschen innerhalb der ersten Woche das Land verließen. In der zweiten Jahreshälfte waren es insgesamt etwa 700.000 Menschen.

Die meisten dieser Menschen gehen in die Nachbarländer, denn um ins Ausland zu gehen, benötigt man nicht nur ein Visum, sondern auch einen internationalen Reisepass, den die meisten Russ*innen in den ländlichen Gebieten nicht einmal haben, weil sie ihn noch nie gebraucht haben. Menschen ohne internationalen Pass können in eine begrenzte Anzahl von Ländern wie Armenien, Kasachstan und Kirgistan einreisen. Wenn man einen internationalen Pass hat, kann man in Länder wie Georgien einreisen, aber ohne Visum kann man dann nicht weiterreisen. Und der Aufenthalt in den Nachbarländern Russlands ist für Kriegsdienstverweigerer und jene, die den Wehrdienst vermeiden, immer noch sehr gefährlich. Wir haben mehrere Fälle von Deportation aus diesen Ländern beobachtet. Ein Kriegsdienstverweigerer fühlt sich also immer noch nicht sicher und hat nicht das Gefühl, dass er sich auf der Straße zeigen kann, weil er jederzeit abgeschoben und direkt an die Front geschickt oder zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden kann. Aus diesem Grund versuchen viele Menschen in die Europäische Union zu kommen, denn in der EU sind ihre Rechte geschützt, sie werden nicht abgeschoben. Das bedeutet aber, dass sie ein Visum für die Einreise benötigen, und in letzter Zeit wird der Antrag auf ein Touristenvisum vollständig abgelehnt, selbst wenn die Person nicht einwandern will.

Wir hatten so einen Fall in Athen während einer Konferenz des Europäischen Büros für Wehrdienstverweigerung, zu der wir vier Personen einladen wollten, die in Russland oder in den Nachbarländern wohnten. Allen vier wurde die Einreise verweigert. Touristenvisa werden nicht ausgestellt, und die Menschen können nicht in das Land einreisen, es sei denn, sie erhalten eine andere Art von Visum wie ein Arbeitsvisum, ein Studentenvisum oder politisches Asyl. Politisches Asyl erhält man aber nur in jenem Land, in das man zuerst einreist. Da



Maria Alexandrova bei ihrem Besuch in Wien



es nur begrenzte Transportmöglichkeiten in die EU gibt und Menschen, die in die EU einreisen wollen, höchstwahrscheinlich kein Visum haben, können sie nicht in diese Länder einreisen. Wenn sie beispielsweise durch die Türkei reisen müssen, wird ihnen politisches Asyl in einem EU-Land verweigert, da dies nicht ihr erstes Einreiseland war. Die Menschen versuchen, ein humanitäres Visum zu beantragen, aber nur in Deutschland und Litauen kann man ein solches beantragen. Ein normaler Kriegsdienstverweigerer erhält kein humanitäres Visum, denn dafür muss er seinen politischen Hintergrund und seine Beteiligung an der Oppositionspolitik nachweisen. Man muss Journalist oder Aktivist sein, man muss eine Person mit einer politischen Vorgeschichte sein, die ein erhebliches Risiko im Falle des Verbleibs in Russland nachweisen kann. Verweigerer aus Gewissensgründen, Menschen, die sich noch nie politisch engagiert haben, aber wissen, dass sie nicht auf der Seite des Aggressors kämpfen wollen, haben keine Beweise vorzuweisen, die ihren Wunsch, in der EU zu bleiben, untermauern. Eine Person, die zum Beispiel aus Gewissensgründen das Land verlassen hat, bevor sie überhaupt einen Einberufungsbescheid erhalten hat, einfach weil sie Angst hat, kann mit der Begründung abgelehnt werden, dass für sie kein Risiko besteht. Man könnte ihr sagen, dass nur 300 Personen pro Jahr eingezogen werden und dass es unwahrscheinlich ist, dass es gerade sie trifft.

Ist das nicht seltsam? Auf der einen Seite sieht die EU Russland als Aggressor an. Wenn Menschen der Armee des Aggressors davonlaufen, schwächt das doch auch seine Armee.

Deshalb starten wir gemeinsam mit anderen demokratischen Bewegungen in Russland Advocacy-Kampagnen, in denen wir die europäischen Institutionen auffordern, ihre Einwanderungsgesetze zu überprüfen und Kriegsdienstverweigerern die Einreise zu ermöglichen.

Noch besorgniserregender ist, wie Deserteure aus der russischen Armee behandelt werden, wenn sie versuchen, nach Europa zu fliehen. Einem Deserteur wird sofort politisches Asyl in Europa verweigert, weil er auf der Seite eines terroristischen Staates gekämpft hat. Jede Beteiligung im russischen Militär gilt als terroristischer Akt, und da nicht überprüft werden kann, ob die betreffende Person Kriegsverbrechen begangen hat, werden alle über einen Kamm geschert und keinem Deserteur des russischen Militärs Asyl gewährt. Das bedeutet aber, dass Menschen, die gewaltsam und ohne jede Erfahrung an die Front gezwungen wurden und die nicht auf der Seite des Aggressors kämpfen möchten, nirgendwo hingehen können. Deshalb sind die Menschen gezwungen zu bleiben, und es gibt immer weniger Menschen, die desertieren. Das ist auch der Fall bei Solda-

ten, die sich ergeben. Die Menschen haben Angst, sich der ukrainischen Armee zu ergeben, weil sie nicht sicher sein können, dass sie nicht gegen ukrainische Kriegsgefangene ausgetauscht werden. Wenn sie ausgetauscht werden und nach Russland zurückkehren, werden sie schwer bestraft, eingesperrt oder sogar getötet. Wir haben bereits gesehen, wie einige unserer Offiziere eine Person zu Tode geprügelt haben.

Sie werden nirgendwo akzeptiert, also müssen sie im Militär bleiben und für die Sache des Aggressors sterben, mit dem sie nicht einverstanden sind, und sie müssen weiterhin ukrainische Menschen ermorden. Es ist eine sehr schreckliche Situation, und wir hoffen ernsthaft, dass es uns gelingt, eine Änderung der Einwanderungsgesetze auszuhandeln, damit Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in die EU-Staaten einreisen dürfen.

Wie können wir euch unterstützen?

Eine Möglichkeit ist, uns bei unseren Lobbykampagnen zu helfen. Wir sind dabei, offene Briefe zu verfassen, die von mehreren Organisationen unterzeichnet werden sollen. Jede Art von Unterstützung bei der Formulierung dieser Briefe ist nützlich. Die Formulierung ist bei dieser Art von Dokumenten sehr wichtig, sie ist im Grunde die feine Linie zwischen Ablehnung und Berücksichtigung. Auch die Unterzeichnung dieser Briefe ist sehr nützlich, denn sie zeigt eine breitere Unterstützung, nicht nur von russischen Organisationen, sondern auch von europäischen Organisationen und bekannten Friedensstifter*innen.

Wenn europäische Friedensorganisationen anfangen würden, sich für das Recht auf Einreise von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in die EU einzusetzen, wäre das eine enorme Hilfe, weil es zeigen würde, dass auch europäische Organisationen unsere Probleme anerkennen und sich auf die Seite unseres Kampfes stellen und sichere Bedingungen für die Menschen fordern, um die wir uns sorgen.



Im Widerspruch zu den Menschen- und Freiheitsrechten wurde die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung von der russischen Regierung am 23. Juni 2023 als „ausländischer Agent“ eingestuft. Nähere Informationen:

<https://de.connection-ev.org/article-3819>

